

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	31
A.) Problemstellung	31
B.) Gang der Untersuchung	32
Kapitel 1: Begriffliche Differenzierungen die Lokalisierung einer Person betreffend	34
A.) Der Wohnsitz/Sitz	34
I. Die Begrifflichkeiten im deutschen Recht	34
1. Der Wohnsitz natürlicher Personen	34
2. Der Sitz juristischer Personen und sonstiger Gesellschaften	37
a) Satzungssitz	38
b) Ort der Hauptverwaltung	41
c) Sonderfall: die gelöschte Gesellschaft	45
d) Ausländische Gesellschaften	45
II. Die Begrifflichkeiten in ausgewählten ausländischen Rechtsordnungen	46
1. Der Wohnsitz natürlicher Personen	47
2. Der Sitz juristischer Personen und sonstiger Gesellschaften	48
III. Die Begrifflichkeiten im europäischen Recht und in bestimmten völkerrechtlichen Verträgen	49
1. Der Wohnsitz natürlicher Personen	51
a) Wohnsitz im Sinne von Art. 62 Brüssel Ia-VO und Art. 59 Brüssel I-VO/LugÜ	51
b) Kein eigener Wohnsitzbegriff außerhalb dieser Vorschriften	54
2. Der Wohnsitz und der Sitz juristischer Personen und sonstiger Gesellschaften	55

B.)	Gewöhnlicher Aufenthalt/Niederlassung	59
	I. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts und der Niederlassung im deutschen Recht	59
	1. Der gewöhnliche Aufenthalt natürlicher Personen	59
	2. Die Niederlassung juristischer Personen, sonstiger Gesellschaften und gewerbetreibender natürlicher Personen	64
	II. Der gewöhnliche Aufenthalt und die Niederlassung in ausgewählten ausländischen Rechtsordnungen	66
	III. Der gewöhnliche Aufenthalt und die Niederlassung im europäischen Recht und in ausgewählten völkerrechtlichen Verträgen	67
	1. Der gewöhnliche Aufenthalt im europäischen Recht	67
	a) Art. 19 Rom I-VO und Art. 23 Rom II-VO	68
	b) Außerhalb des Anwendungsbereichs der Art. 19 Rom I-VO und Art. 23 Rom II-VO	71
	i. EuGH-Rechtsprechung	71
	ii. Schlussfolgerungen für den europarechtlichen Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts	74
	iii. Eigene Schlussfolgerungen	77
	2. Der Begriff der Niederlassung in ausgewählten Vorschriften des europäischen Rechts und in entsprechenden völkerrechtlichen Verträgen	83
	3. Der gewöhnliche Aufenthalt in ausgewählten völkerrechtlichen Verträgen	87
C.)	Der einfache/schlichte Aufenthalt	90
D.)	Wohnung, Geschäftsraum und Anschrift einer Person	93
E.)	Die Person mit unbekanntem Aufenthalt oder auch das Verschwundensein einer Person in Abgrenzung zu verwandten Problemen	97

Kapitel 2: Das Problem der verschwundenen Person beziehungsweise der Person mit unbekanntem Aufenthalt betreffende Normen im Zivilverfahren und deren Bedeutung	107
A.) Ermittlungsbefugnisse und -pflichten von bestimmten Behörden und Gerichten regelnde Normen	108
I. Unterhaltssachen	109
1. Ermittlung des Aufenthaltsorts gemäß Art. 51 Abs. 2 lit. b) EuUntVO	111
a) Voraussetzungen	112
b) Befugnisse	113
2. Ermittlung des Aufenthaltsorts gemäß Art. 53 Abs. 1, 2 in Verbindung mit Art. 51 Abs. 2 lit. b) EuUntVO	116
a) Voraussetzungen	116
b) Befugnisse	117
3. Ermittlung des Aufenthaltsorts gemäß Art. 53 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 51 Abs. 2 lit. b) EuUntVO	118
a) Voraussetzungen	118
b) Befugnisse	122
4. Ermittlung des Aufenthaltsorts bei direkter Anrufung eines ausländischen Gerichts	123
II. Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung im Sinne von Art. 2 Nr. 7 Brüssel IIa-VO	124
1. Voraussetzungen	124
2. Befugnisse	127
III. Verfahren nach dem HKEntfÜ, dem EuSorgeRÜ, dem KSÜ und dem ErwSÜ	128
B.) Zustellungsrecht	130
I. Art. 1 Abs. 2 EuZVO/HZÜ	131
1. Die unbekannte Anschrift des Empfängers	131
2. Auswirkungen auf das nationale Zustellungsrecht bei Anwendbarkeit der HZÜ und der EuZVO	135
3. Der Fall des Art. 1 Abs. 2 EuZVO/HZÜ	141
II. Art. 14 Abs. 2 EuVTVO/EuMVVO	145
1. Anwendungsbereich und Aufgabe von Art. 14 Abs. 1 EuVTVO/EuMVVO	146
2. Art. 14 Abs. 2 EuVTVO/EuMVVO	150
3. Rechtsfolgen von Verstößen gegen die Vorschriften	156

III. § 185 Nr. 1 und § 185 Nr. 2 ZPO	165
1. Allgemeines	165
2. Die Voraussetzungen von § 185 Nr. 1 ZPO	167
a) Der unbekannte Aufenthalt einer Person	168
b) Unmöglichkeit anderer Zustellungsarten und Subsidiarität	179
c) Ermessen und weitere ungeschriebene Voraussetzungen	185
3. Die Voraussetzungen von § 185 Nr. 2 ZPO	186
a) Allgemeines zum Anwendungsbereich der Vorschrift	186
b) Voraussetzungen im Detail mit Fokus auf den Sonderfall der nicht lokalisierbaren juristischen Person	188
4. Das Verfahren bei öffentlicher Zustellung	191
5. Fehlerfolgen bei unrichtiger Bejahung der Voraussetzungen von § 185 Nr. 1 ZPO beziehungsweise § 185 Nr. 2 ZPO mit Fokus auf Fehleinschätzungen hinsichtlich der Nichtlokalisierbarkeit des Adressaten	196
a) Schuldhaftige gerichtliche Fehleinschätzung hinsichtlich des unbekanntes Aufenthalts im Sinne von § 185 Nr. 1 ZPO	196
i. Tendenzen in der Rechtsprechung	197
ii. Stellungnahme zur Rechtsprechung unter Berücksichtigung der Reaktionen in der Literatur	200
b) Nicht erkennbare Fehleinschätzungen des Gerichts, insbesondere Manipulationen durch den Zustellungsveranlasser bei § 185 Nr. 1 ZPO	205
c) Verstoß gegen § 185 Nr. 2 ZPO	209
6. Die Heilung einer unwirksamen öffentlichen Zustellung	211
a) Sachverhalt ohne Auslandsbezug	211
b) Sachverhalt mit Auslandsbezug	213
C.) Gerichtliche Zuständigkeit	225
I. § 16 Var. 2 ZPO	225
1. Die Voraussetzungen im Detail	226
a) Wohnsitzlosigkeit	226
b) Unbekannter inländischer Aufenthaltsort	229

2. Der Anwendungsbereich von § 16 Var. 2 ZPO	231
3. Die mittelbare Auswirkung von § 16 Var. 2 ZPO auf andere Vorschriften im nationalen Zuständigkeitsrecht?	234
II. Gerichtsstandsvereinbarungen	235
1. Die Voraussetzungen für die Schaffung eines Gerichtsstandes durch Vereinbarung gemäß § 38 Abs. 3 Nr. 2 Var. 2 ZPO	236
a) Formerfordernisse und Unzulässigkeitsgründe	236
b) Der Erlaubnistatbestand	236
2. Der Anwendungsbereich von § 38 Abs. 3 Nr. 2 Var. 2 ZPO	241
3. Die Relevanz von § 29c Abs. 3 Var. 2 ZPO neben § 38 Abs. 3 Nr. 2 Var. 2 ZPO	243
D.) Fazit	247
 Kapitel 3: Systematische Untersuchung offener Fragen	 251
A.) Formale Anforderungen an Klage-/Antrags- und Rechtsmittelschriften	252
I. Das grundsätzliche Erfordernis der Bezeichnung der Parteien beziehungsweise der Beteiligten – Reichweite	252
II. Die Relevanz der Parteilokalisierung zur Bezeichnung der Parteien	256
1. Sinn und Zweck der Angabe von Anschriften allgemein	258
a) Mittel zur Individualisierung	258
b) Schaffung einer Zustellungsmöglichkeit	260
c) Sicherungsfunktion	263
2. Konsequenzen für verfahrenseinleitende Schriftstücke	267
a) Anschrift des Beklagten/Antragsgegners	267
b) Anschrift des Klägers/Antragstellers	271
c) Anschriften der gesetzlichen Vertreter der Parteien/ Beteiligten	275
d) Ausnahmen vom grundsätzlichen Anschriftenerfordernis	277
i. Anschrift des Klägers/Antragstellers	277
ii. Anschrift des Beklagten/Antragsgegners	278
iii. Darlegungslast	279
3. Konsequenzen für Rechtsbehelfsschriften	279

III. Das Rechtsschutzbedürfnis als ergänzendes Korrektiv neben den formalen Anforderungen	281
1. Nachträgliche Änderung der Anschrift des Klägers/ Antragstellers während des Verfahrens	281
2. Fehlende Anschrift des Rechtsbehelfsführers im Rechtsbehelfsverfahren	283
3. Besonderheit gegenüber den formalen Anforderungen	284
IV. Schlussfolgerungen für die Involvierung nichtlokalisierbarer Parteien/Beteiligter in ein Verfahren	285
V. Exkurs: Verwandtes Problem des Verjährungsbeginns und der Verjährungshemmung?	287
B.) Internationale und örtliche Zuständigkeit	292
I. Bedeutung und Prüfungsumfang des Gerichts in zivilrechtlichen Verfahren unter Fokussierung auf die Relevanz für das Problem der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Personen	292
1. Grundsätzlich kein Offenbleiben der Frage der internationalen und örtlichen Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	292
2. Geringe Relevanz der Differenzierung zwischen der Prüfung von Amts wegen und der Amtsermittlung für den Fall der nicht lokalisierbaren zuständigkeitsrelevanten Person	298
3. Präjudizielle Wirkung einer bereits bestehenden gerichtlichen Entscheidung zur örtlichen und/oder internationalen Zuständigkeit?	301
a) Vorhergehendes Prozessurteil	302
b) Bindende Verweisung an ein anderes Gericht und ähnliche Mechanismen	307
4. Zwischenfazit	312
II. Relevanz von Lokalisierungsmerkmalen im Bereich der internationalen und örtlichen Zuständigkeit	313
1. Die Bestimmung des anwendbaren Rechtsaktes	313
a) Abgrenzung der europäischen Zuständigkeitsverordnungen und des LugÜ vom nationalen Recht	313
i. Grenzüberschreitender Bezug	314
i.) Lokalisierungsabhängige Prüfung	316

ii.)	Lokalisierungsunabhängige Prüfung	316
iii.)	Grenzüberschreitender Bezug als Natur der Frage der internationalen Zuständigkeit	323
iv.)	Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Personen	325
ii.	Begrenzter räumlich-persönlicher Anwendungsbereich eines Rechtsaktes oder bestimmter Vorschriften eines Rechtsaktes	327
i.)	Brüssel I(a)-VO und LugÜ	327
ii.)	Sonstige europäische und völkerrechtliche Zuständigkeitsvorschriften	332
iii.)	Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Personen	335
b)	Abgrenzung der europäischen und völkerrechtlichen Zuständigkeitsvorschriften untereinander	337
i.	Brüssel I(a)-VO und LugÜ beziehungsweise EuUntVO und LugÜ	338
ii.	Art. 25 Brüssel Ia-VO beziehungsweise Art. 23 LugÜ/Brüssel I-VO und das HGÜ	339
iii.	Brüssel IIa-VO, KSÜ und MSA	342
iv.	Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Personen	347
c)	Unterlassen der Abgrenzung?	348
2.	Die Ermittlung des konkreten Gerichtsstandes	350
a)	Wichtige Gerichtsstände in allgemeinen Zivil- und Handelssachen	351
i.	Vorschriften über den allgemeinen Gerichtsstand	351
ii.	Unerheblichkeit des allgemeinen Gerichtsstands und entsprechender Lokalisierungsschwierigkeiten	354
i.)	Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung	355
(1)	Relevanz der Lokalisierung der Parteien für bestimmte Fragen der Wirksamkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung	356

(2) Rügelelose Einlassung und nachträgliche Gerichtsstandsvereinbarung durch gerichtlich bestellten Parteivertreter infolge der Abwesenheit	358
ii.) Ausschließlicher Gerichtsstand	363
iii.) Spezielle Gerichtsstände für Verbrauchersachen, Versicherungssachen und Streitigkeiten aus individuellen Arbeitsverträgen (Brüssel I(a)-VO und LugÜ)	368
iv.) Besondere Gerichtsstände	371
(1) Beschränkter Anwendungsbereich der besonderen Gerichtsstände im Rahmen der Brüssel I(a)-VO und des LugÜ	372
(2) Einzelne besondere Gerichtsstände und die Relevanz bestimmter Lokalisierungsmerkmale der Parteien	373
b) Wichtige Gerichtsstände in Ehe-, Familien- und Erbrechtssachen	391
i. Ehesachen beziehungsweise Ehescheidungssachen	392
i.) Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	392
(1) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel IIa-VO und des nationalen Rechts	392
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Beteiligten	395
ii.) Die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit	396
(1) Die Regelung in § 122 FamFG	396
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Beteiligten	397
iii.) Sonderfall: Art. 4 Brüssel IIa-VO	398

ii. Elterliche Verantwortung	398
i.) Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	398
(1) Das Zuständigkeitssystem der Brüssel IIa-VO, des KSÜ und des nationalen Rechts	398
(2) Das Zuständigkeitssystem des MSA	405
(3) Schlussfolgerungen für den Fall des nicht lokalisierbaren Kindes/ Minderjährigen	408
ii.) Die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit	409
(1) Die Regelung in § 152 FamFG	409
(2) Schlussfolgerungen für den Fall des nicht lokalisierbaren Kindes/ Minderjährigen	409
iii. Güterrechtssachen	410
i.) Die Bestimmung der internationalen und örtlichen Zuständigkeit nach deutschem Recht	410
(1) Die gesetzlichen Regelungen	410
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Beteiligten	411
ii.) Die Bestimmung der internationalen Zuständigkeit nach der EuGüVO	411
(1) Die gesetzlichen Regelungen	411
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der relevanten Beteiligten	415
(3) Sonderfall: Art. 12 EuGüVO	416
iv. Unterhaltssachen	417
i.) Die Bestimmung der internationalen und örtlichen Zuständigkeit nach der EuUntVO	417
(1) Die gesetzlichen Regelungen	417
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der zuständigkeitsrelevanten Person(en)	421

ii.) Die Bestimmung der internationalen und gegebenenfalls örtlichen Zuständigkeit nach dem LugÜ	423
iii.) Die Bestimmung der internationalen und/oder örtlichen Zuständigkeit nach dem deutschen Recht	424
(1) Die gesetzlichen Regelungen	424
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der zuständigkeitsrelevanten Person(en)	426
v. Erb- bzw. Nachlasssachen	426
i.) Die Bestimmung der internationalen (und gegebenenfalls örtlichen) Zuständigkeit nach der EuErbVO	426
(1) Die gesetzlichen Regelungen	426
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit des Erblassers	432
ii.) Die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit nach dem IntErbRVG	433
(1) Die gesetzlichen Regelungen	433
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der zuständigkeitsrelevanten Person(en)	435
iii.) Bestimmung der Zuständigkeit nach sonstigem nationalen Recht	436
(1) Die gesetzlichen Regelungen	436
(2) Schlussfolgerungen für den Fall der Nichtlokalisierbarkeit der zuständigkeitsrelevanten Person(en)	439
c) Zusammenfassend zu den bei der Ermittlung konkreter Gerichtsstände aufgeworfenen Fragen	439

III. Problemvermeidung durch die Aufrechterhaltung einer einmal begründeten Zuständigkeit und die Begründung derselben durch nachträgliches Eintretenlassen der zuständigkeitsbegründenden Umstände	443
1. Präzisierung der relevanten Zeitpunkte durch allgemeine prozessrechtliche Grundsätze	444
a) Die Grundsätze der perpetuatio fori und des nachträglichen Eintretens der Zuständigkeitsvoraussetzungen und deren Relevanz für Schwierigkeiten bei der Lokalisierung zuständigkeitsrelevanter Personen	444
b) Die Ausnahme der parteilokalisierenden Anknüpfung zu einem bestimmten Zeitpunkt	445
i. Zeitpunkt der Klageerhebung oder der Antragstellung	445
ii. Todeszeitpunkt und Zeitpunkt der Abgabe einer erbrechtlichen Erklärung	451
iii. Zeitpunkt der Erfüllung beziehungsweise des Vertragsschlusses, der unerlaubten Handlung, der Schaffung eines relevanten Bezugs des Streitgegenstandes zu einer Niederlassung oder der Einstellung	452
c) Die Reichweite des Grundsatzes der perpetuatio fori in verschiedenen Rechtsakten	459
i. Anwendungsbereich im deutschen Zuständigkeitsrecht	459
i.) Relevanter Zeitpunkt	460
ii.) Örtliche und internationale Zuständigkeit?	461
ii. Anwendungsbereich im europäischen Zuständigkeitsrecht und in bestimmten völkerrechtlichen Verträgen	467
iii. Keine Anwendbarkeit der perpetuatio fori bei nachträglicher Einschlägigkeit des KSÜ/MSA	470
iv. Allgemeine Grenzen der perpetuatio fori	471
d) Kombination von perpetuatio fori und nachträglichem Eintreten der zuständigkeitsbegründenden Umstände	473

2. Davon unabhängige Verfestigung von Gerichtsständen	476
a) Art. 9 Abs. 1 Brüssel IIa-VO	477
i. Allgemeines zur Reichweite	477
ii. Besondere Schwierigkeiten bei der Nichtlokalisierbarkeit des betroffenen Kindes	479
b) Art. 10 Brüssel IIa-VO und Art. 7 Abs. 1 KSÜ	483
i. Allgemeines zur Reichweite	483
ii. Besondere Schwierigkeiten bei der Nichtlokalisierbarkeit des betroffenen Kindes	484
c) Art. 10 Abs. 1 lit. b) EuErbVO und Art. 16 HKEntfÜ?	488
3. Sonderfall: Der relevante Zeitpunkt zur Beurteilung der Wirksamkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung	489
a) Streitstand anhand der erwähnten Beispiele	490
b) Schlussfolgerungen aus den gefundenen Ergebnissen und entsprechende Fragen in Zusammenhang mit sonstigen Normen	492
c) Kein weiterreichender Vertrauensschutz	494
d) Ausnahmen von der wirksamkeitsbegünstigenden Alternativität	495
4. Fazit	497
IV. Systematische Lösung der erarbeiteten Schwierigkeiten bei mangelnder Lokalisierbarkeit der zuständigkeitsrelevanten Person(en) im nationalen und internationalen Zuständigkeitsrecht	500
1. Allgemeine Eingrenzung der Fallgruppen des unbekannten Aufenthalts einer Person	500
a) Die Eingrenzung über die Definitionen der Lokalisierungskriterien	500
i. Satzungssitz	501
ii. Wohnsitz natürlicher Personen nach bestimmten ausländischen Rechtsordnungen	504
b) Die Eingrenzung durch Schutzerwägungen zu Gunsten des Rechtsverkehrs im Bereich der Lokalisierungsmerkmale	505
i. § 15 HGB	506
ii. Allgemeiner Rechtsscheintatbestand	510
iii. Weiteres rechtsmissbräuchliches oder arglistiges Verhalten	512

iv.	Vertrauensschutz und Treu und Glauben speziell im europäischen Prozessrecht	513
c)	Die Eingrenzung über die Definition des Unbekanntseins	516
i.	Einschränkung durch vorgeschaltete Ermittlungspflichten	516
ii.	Besondere Einschränkungen für Kläger/ Antragsteller mit unbekannter relevanter Lokalisierung	518
2.	Die Abgrenzung der Anwendungsbereiche der möglicherweise einschlägigen Rechtsakte bei unbekanntem Aufenthalt im zuständigkeitsrechtlichen Sinn	522
a)	Ergangene Entscheidung des EuGH	522
b)	Aus den Entscheidungen zu ziehende Konsequenzen	524
i.	Grundsätzlich zwei Deutungsmöglichkeiten der Entscheidungen	524
ii.	Prüfung der allgemeinen Tauglichkeit staatsangehörigkeitsabhängiger Vermutungen zur Lösung von Abgrenzungsproblemen	528
iii.	Prüfung der allgemeinen Tauglichkeit des Regel-Ausnahme-Gedankens zur Lösung von Abgrenzungsproblemen	529
iv.	Konsequenzen bei Anwendung des Regel- Ausnahme-Prinzips	533
v.	Der Begriff der beweiskräftigen Indizien	537
c)	Fazit	543
3.	Die Bestimmung eines konkreten Gerichtsstandes bei unbekanntem Aufenthalt im zuständigkeitsrechtlichen Sinn	543
a)	Die Wirksamkeit bestimmter Gerichtsstandsvereinbarungen	545
b)	Die von der Lokalisierung einer einzigen Person abhängigen ausschließlichen und allgemeinen Gerichtsstände	549
i.	Allgemeines zur Problematik und zu in Frage kommenden Ersatzanknüpfungen	549

ii.	Lösungen für konkret bestehende gesetzliche Lücken	556
i.)	Lösungen für den Fall des unbekanntem Aufenthalts der relevanten natürlichen Person	556
ii.)	Lösungen für den Fall des unbekanntem Aufenthalts der relevanten juristischen Person oder der sonstigen Gesellschaft	558
iii.	Einordnung im Gesamtsystem	573
c)	Die primär alternativ an die Lokalisierung verschiedener Verfahrensbeteiligter anknüpfenden Gerichtsstände	578
d)	Zuständigkeitsysteme mit verschiedenen Anknüpfungen mit striktem Rangverhältnis zueinander	586
i.	Allgemeine Gedanken zur Problematik	586
ii.	Entwicklung einer einheitlichen Lösung für das deutsche Zuständigkeitsrecht	588
iii.	Entwicklung entsprechender Lösungen für das europäische Zuständigkeitsrecht	594
e)	Fazit	610
C.)	Prüfung nachteiliger Folgen einer nach nationalem Recht ordnungsgemäßen öffentlichen Zustellung auf europarechtlicher beziehungsweise völkerrechtlicher Ebene und aus dieser Problematik zu ziehende Rückschlüsse von allgemeiner Relevanz	612
I.	Das europarechtliche Diskriminierungsverbot	614
II.	Das Recht auf ein faires Verfahren	617
1.	Art. 6 Abs. 1 EMRK und Art. 47 Abs. 2 EuGRCh	617
a)	Anwendungsbereich	617
b)	Aussagegehalt	619
2.	Ausdrückliche Präzisierung der Bedeutung der Verfahrensgrundrechte und der aus den Verfahrensgrundrechten ableitbaren Konsequenzen	621
a)	Aussetzungsvorschriften	621
i.	Anwendungsbereich	621
ii.	Grenzen für fiktive Zustellungen	629

b) Nachgeschaltete Kontrolle im Anerkennungs-, Vollstreckbarerklärungs- oder Vollstreckungsverfahren	641
i. Anwendungsbereich	641
ii. Grenzen für fiktive Zustellungen	643
iii. Ergänzende Heranziehung der Verfahrensgrundrechte unmittelbar in den nachgeschalteten Prüfungsverfahren	653
III. Fazit	659
D.) Die Problematik der (persönlichen) Anhörung spezieller Beteiligter deren Aufenthaltsort unbekannt ist	661
I. Anhörung der Ehegatten in Ehescheidungssachen	662
II. Anhörung des Kindes und der Eltern in Verfahren in Bezug auf die elterliche Verantwortung	665
1. Verfahrensrechtliche Maßgaben nach deutschem Recht	665
2. Auswirkungen des europäischen Rechts	671
Kapitel 4: Zusammenfassung der Thesen und Ausblick	677
Literaturverzeichnis	699